

Gemeinsames Industrie- und Gewerbegebiet der Städte Braunschweig und Salzgitter: Ein zukunftssicherndes Projekt für den gesamten Wirtschaftsraum

Der Arbeitgeberverband Region Braunschweig, NiedersachsenMetall – Region Braunschweig-Salzgitter-Wolfsburg, die Industrie- und Handelskammer Braunschweig und die Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade begrüßen nachdrücklich die vorgelegten Planungen zur Entwicklung eines interkommunalen Industrie- und Gewerbegebietes der Städte Braunschweig und Salzgitter. Eine starke Industrie bildet die Grundlage für Wohlstand und Arbeitsplätze in Niedersachsen und insbesondere im Wirtschaftsraum Braunschweig-Wolfsburg. Im gesamten hiesigen Wirtschaftsraum stehen derzeit keine ausreichend großen Industrieflächen zur Verfügung, die künftigen Investoren auch einen 24-Stunden-Betrieb an sieben Tagen in der Woche ermöglichen. Insbesondere in der Stadt Braunschweig stehen zudem nur noch sehr geringe Gewerbeflächen zur Verfügung. Engpässe zeichnen sich hier nicht nur für Großunternehmen, sondern auch für kleine und mittlere Unternehmen, darunter Handwerksbetriebe, ab. Damit Unternehmen in unserem Wirtschaftsraum auch weiterhin für Wertschöpfung und Beschäftigung stehen können, benötigen sie Flächen mit einer guten Infrastruktur, hier insbesondere mit einer guten Verkehrsinfrastruktur.

Die vorgelegten Planungen der Städte Braunschweig und Salzgitter betreffen ein Gewerbegebiet, das in dieser Art in Niedersachsen einmalig ist und für den gesamten Wirtschaftsraum Perspektiven für die nächsten Jahrzehnte eröffnet. Die besonderen Vorzüge liegen in der relativ großen Entfernung zur nächsten Wohnbebauung sowie in der Verkehrsinfrastruktur mit unmittelbarem Anschluss an die Autobahn A 39, den Mittellandkanal sowie das Schienennetz.

Die Wirtschaft auch in unserer Region steht in den nächsten Jahren vor gravierenden Transformationsprozessen. Mit Blick auf die besondere Bedeutung für unseren Wirtschaftsraum seien hier nur die Schwerpunktthemen Elektromobilität und Autonomes Fahren genannt. Unser klares gemeinsames Ziel ist es, die industrielle Erfolgsgeschichte unserer Region auch in Zukunft fortzuschreiben. Daher muss es auch unser Ziel sein, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass eine weitere Entwicklung industrieller und gewerblicher Arbeitsplätze in unserer Region möglich ist. Hierfür geeignete Flächen zu finden, hat sich in den letzten Jahren als immer schwierigere Herausforderung erwiesen. Freie größere und zusammenhängende Industrieflächen, auf denen ohne zeitliche Unterbrechung Fertigung auch mit Lärmemissionen stattfinden kann, gibt es in der gesamten Region nicht. Wo aber für bestehende Betriebe keine Wachstumschancen bestehen, Flächen für Transformationsprozesse der Industrie, des Verarbeitenden Gewerbes, des Handwerks und der dafür notwendigen Logistik fehlen, ist es eine Frage der Zeit, bis der Standort insgesamt an Wettbewerbsfähigkeit verliert.

Wir wissen, dass jede Entscheidung einer Flächennutzung in Abwägung zwischen Wohnen, Arbeiten, Freiräumen sowie Natur- und Umweltschutz stattfinden muss. Nach den vorliegenden Planungen wird die vorgesehene Fläche eines gemeinsamen interkommunalen Gewerbegebietes am "Beddinger Bahnhof" in diesem Spannungsverhältnis allerdings wie wenige andere Flächen in ganz Niedersachsen zu einem guten Ergebnis geführt werden können. Die genannte einmalige trimodale Verkehrsanbindung sowie der große Abstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung seien hier nur noch einmal erwähnt. Verständlicherweise wird das geplante neue Gewerbegebiet von Teilen der Bevölkerung angrenzender Ortsteile in Frage gestellt, auch getragen von Sorgen, die sich durch Fakten entkräften lassen. In dieser Situation kommt der repräsentativen Demokratie in Deutschland und hier insbesondere den Räten der Städte Braunschweig und Salzgitter eine besondere Bedeutung zu. Wir appellieren an die Ratsherren beider Städte, in sachgerechter Abwägung der vorliegenden Machbarkeitsstudie den Prüfprozess fortzusetzen. Die von Oberbürgermeister

Markurth und Oberbürgermeister Klingebiel artikulierten Voraussetzungen einer Aufhebung des Vorranggebietes Kiesabbau im Planungsareal, einer verbindlich zugesagten Landesförderung sowie der Errichtung eines weiteren Autobahnanschlusses an der A 39 mit direktem Zugang in das neue Industrie- und Gewerbegebiet, verbunden mit einer Minimierung des Lkw-Verkehrs in den umliegenden Ortschaften müssen dafür vorliegen.

Mit Blick auf die herausragende Bedeutung der vorliegenden Planungen für die nächsten Jahrzehnte bitten wir die politischen Entscheidungsträger eindringlich darum, ihrer Verantwortung für eine positive Entwicklung unserer Wirtschaft auch im Interesse jener Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden, die künftig hier gute Arbeitsplätze finden möchten. In Deutschland gibt es wie in kaum einem anderen Land strenge Reglementierungen für die Wirtschaft mit hohen Umweltschutzauflagen. Sollten die weiteren Prüfungen die Einhaltung dieser Auflagen als möglich erscheinen lassen, wäre es fahrlässig, die einmalige Chance für den gesamten Wirtschaftsraum ungenutzt zu lassen. Hierbei sollten auch kommunalpolitische Rivalitäten ausgeklammert werden. Ein Industrie- und Gewerbegebiet der geplanten Größe und mit den genannten Vorzügen wäre ein Standortvorteil mit Strahlwirkung für den gesamten Wirtschaftsraum.

Braunschweig, 16. Mai 2018

Arbeitgeberverband Region Braunschweig e. V.

Wolfgang Niemsch
Vorstandsvorsitzender

Florian Bernschneider
Hauptgeschäftsführer

Industrie- und Handelskammer Braunschweig

Helmut Streiff
Präsident

Dr. Bernd Meier
Hauptgeschäftsführer

Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade

Detlef Bade
Präsident

Eckhard Sudmeyer
Hauptgeschäftsführer

NiedersachsenMetall – Region Braunschweig-Salzgitter-Wolfsburg

Sebastian Brandes
Vorstandsvorsitzender Regionalverband

Florian Bernschneider
Geschäftsführer Regionalverband